



Standard Eurobarometer 96
Winter 2021 - 2022

Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union

Länderbericht Österreich

Interviews: Jänner – Februar 2022



Standard Eurobarometer 96
Winter 2021 -2022

Durchgeführt im Auftrag der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation, und auch von dieser koordiniert.

Dieser Bericht wurde für die Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich verfasst.

Autoren: Daniel Schönherr und Harald Pitters

Dieses Dokument gibt nicht den Standpunkt der Europäischen Kommission wieder. Die darin enthaltenen Interpretationen und Meinungen sind ausschließlich die der Autoren.

Titel der Studie

Standard Eurobarometer 96- Winter 2021-2022

Sprache

Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Länderbericht

DE

© European Union, 2022

<https://www.europa.eu/eurobarometer>

Photo credit: Getty Images

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	4
HAUPTERGEBNISSE	6
I. Einschätzung der aktuellen Lage	8
1. Die dringlichsten Sorgen der Menschen	9
2. Einschätzung der Folgen der Corona-Pandemie	10
3. Vertrauen in Demokratie und Politik	11
II. DIE ÖSTERREICHER UND DIE EU	12
1. Image der EU und Zugehörigkeitsgefühl	13
2. Bewertung der EU und Österreichs Mitgliedschaft	13
3. Zukunft in der EU	15

EINLEITUNG



Standard Eurobarometer 96 Winter 2021 - 2022

Der vorliegende Länderbericht präsentiert eine Zusammenfassung der Ergebnisse der 96. Eurobarometer-Befragung, die zwischen 18. Jänner und 7. Februar 2022 durchgeführt wurde und zu der 1.019 Personen ab 15 Jahren in Österreich und 26.696 in den EU27-Mitgliedstaaten befragt wurden. Aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie wurde die Erhebungsmethode in einigen Ländern auf Onlineinterviews umgestellt, in Österreich wurden die Interviews jedoch weiterhin persönlich in den Haushalten der Befragten geführt.

Zum Befragungszeitpunkt Anfang des Jahres 2022 war die Einführung der Impfpflicht in Österreich ein breit diskutiertes Thema. Auch die steigenden Preise und Lebenshaltungskosten, insbesondere die Kosten für Strom und Gas, wurden politisch und medial breit diskutiert. Zudem sorgten die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen rund um die vom Finanzministerium finanzierten, mutmaßlich manipulierten Umfragen und die daraus resultierenden innenpolitischen Folgen für Aufsehen.

Die folgenden Ergebnisse liefern Einblick in die Stimmung der Menschen in Österreich und den anderen 26 Mitgliedstaaten der EU zwei Jahre nach Ausbruch der Corona-Pandemie. Die Interviews fanden vor der russischen Invasion in die Ukraine statt. Noch ist unklar, wie sehr sich die Invasion und die politischen Reaktionen darauf die Stimmung und Meinungen der Bevölkerung verändert haben. Dies ist bei der Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen.

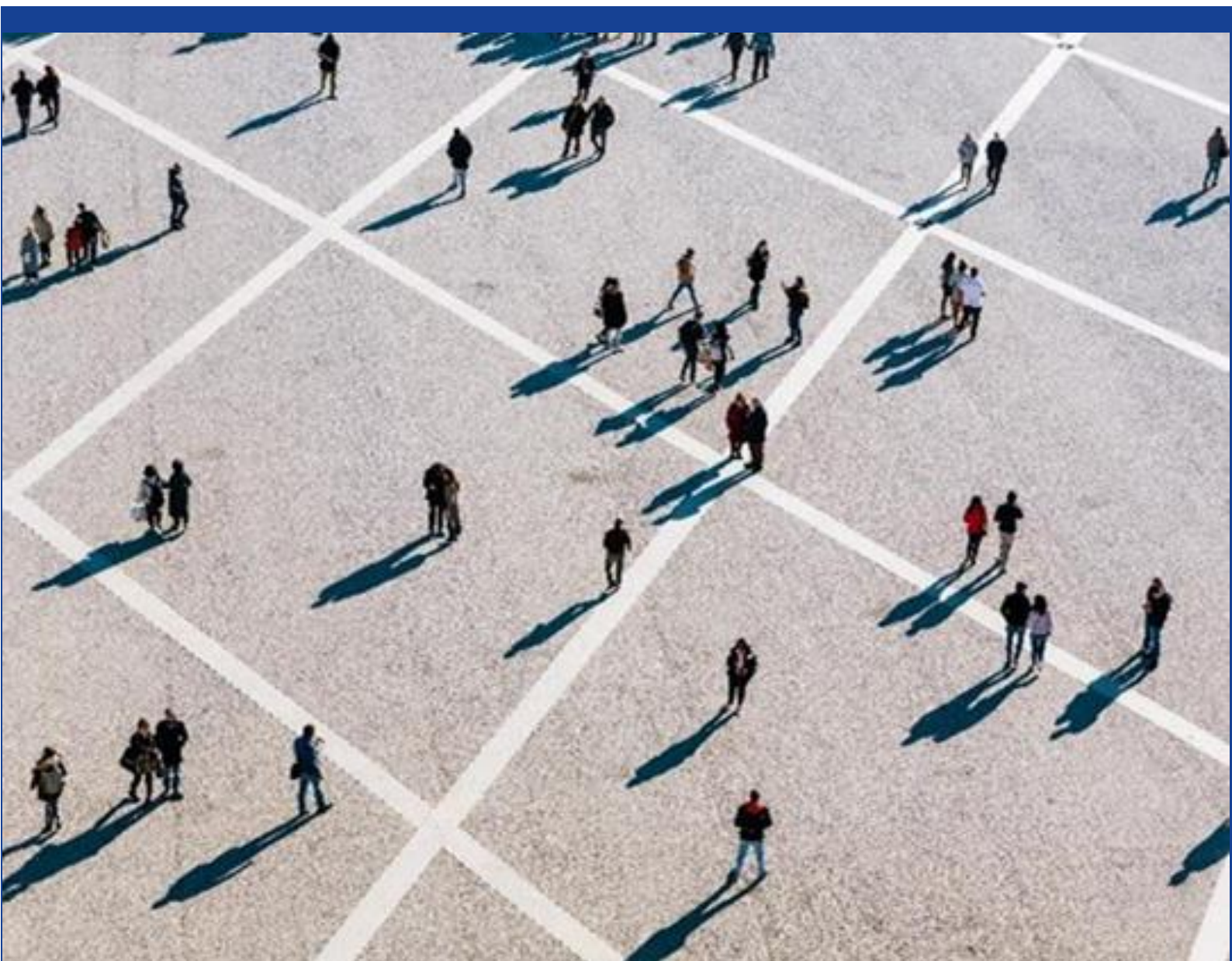
HAUPTERGEBNISSE



Standard Eurobarometer 96 Winter 2021 - 2022

- Die steigenden Preise und Lebenshaltungskosten sind für 45 % (+17 Pp.) der Menschen in Österreich und 51 % (+16 Pp.) in der EU insgesamt das dringlichste persönliche Problem. Auch auf die Frage nach den dringendsten Herausforderungen für das Land nennen 35 % (+12 Pp.) der Befragten in Österreich die steigenden Preise (EU27: 41 %, +18 Pp.).
- 46 % (-3 Pp.) bezeichnen die aktuelle wirtschaftliche Situation (EU27: 39 %, -1 Pp.) und 45 % die Lage am Arbeitsmarkt (EU27: 43 %, +6 Pp.) als positiv. Besser wird die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen eingeschätzt: 72 % (-1 Pp.) nannten diese als zufriedenstellend, um 20 Pp. mehr als im EU27-Schnitt. Vor allem in süd- und osteuropäischen Ländern wird die öffentliche Daseinsvorsorge negativ bewertet.
- Die Zustimmung zu den von der Politik getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie hat abgenommen. 49 % der Befragten in Österreich waren Anfang 2022 mit den von der Regierung gesetzten Maßnahmen zufrieden, um 12 Pp. weniger als noch im Frühjahr 2021 (EU27: 50 %, -3 Pp.). Mit den von der EU gesetzten Maßnahmen sind 43 % (-5 Pp.) der Menschen in Österreich und 49 % (-2 Pp.) im EU27-Schnitt zufrieden.
- Mehrheitlich positiv wird das mehr als 800 Milliarden Euro schwere Aufbaupaket „NextGenerationEU“ gesehen: 55 % (-4 Pp.) der Befragten in Österreich und 54 % (+2 Pp.) im EU27-Schnitt halten die Initiative für effektiv, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu bekämpfen.
- Die Zufriedenheit mit der Demokratie in Österreich ist deutlich gesunken – aktuell auf 62 % (-9 Pp.) der Befragten. Im EU27-Schnitt sind 56 % (-3 Pp.) mit der Demokratie in ihrem Land zufrieden. In die politischen Parteien des Landes haben 27 % (-8 Pp.) aller Befragten in Österreich Vertrauen (EU27: 21 %, +/- 0 Pp.), in die Regierung 38 % (-7 Pp.) (EU27: 35 %, -2 Pp.), in das Parlament 45 % (-5 Pp.) (EU27: 36 %, +1 Pp.).
- Rund die Hälfte der Menschen in Österreich fühlt sich der EU verbunden (48 %, -2 Pp.). Damit liegt Österreich unter dem EU27-Schnitt (58 %, +1 Pp.). 76 % der Menschen hierzulande sehen sich als Bürgerin oder Bürger der EU (+1 Pp.), etwas mehr als im EU27-Schnitt (71 %, -1 Pp.).
- 34 % (-3 Pp.) der Menschen in Österreich haben ein positives Bild von der EU, 25 % (+/-0 Pp.) hingegen ein negatives. Die relative Mehrheit von 41 % (+4 Pp.) hat damit weder ein besonders positives noch besonders negatives Bild von der Europäischen Union. Im EU27-Schnitt haben 44 % (-1 Pp.) der Befragten ein positives, nur 17 % (+1 Pp.) ein explizit negatives und 38 % (+/-0 Pp.) ein neutrales Bild von der EU.
- Die Menschen setzen aber durchaus Hoffnungen in die EU. Immerhin geben 58 % (-3 Pp.) der Befragten in Österreich und 62 % (-4 Pp.) im EU27-Schnitt an, optimistisch in die Zukunft der EU zu blicken. Die Erwartungen richten sich dabei vor allem auf eine stärkere Zusammenarbeit und Koordination zwischen den Mitgliedsländern bei Wirtschaftsthemen und die Stärkung der sozialen Absicherung und Gleichstellung. Die EU wird zudem als wichtiger Akteur zur Bekämpfung der Klimakrise gesehen. Die Förderung der „Kreislaufwirtschaft“ sollte dabei laut Ansicht von 49 % (-1 Pp.) der Menschen in Österreich und 39 % im EU27-Schnitt (+/-0 Pp.) oberste Priorität haben.

I. Einschätzung der aktuellen Lage



1. Die dringlichsten Sorgen der Menschen

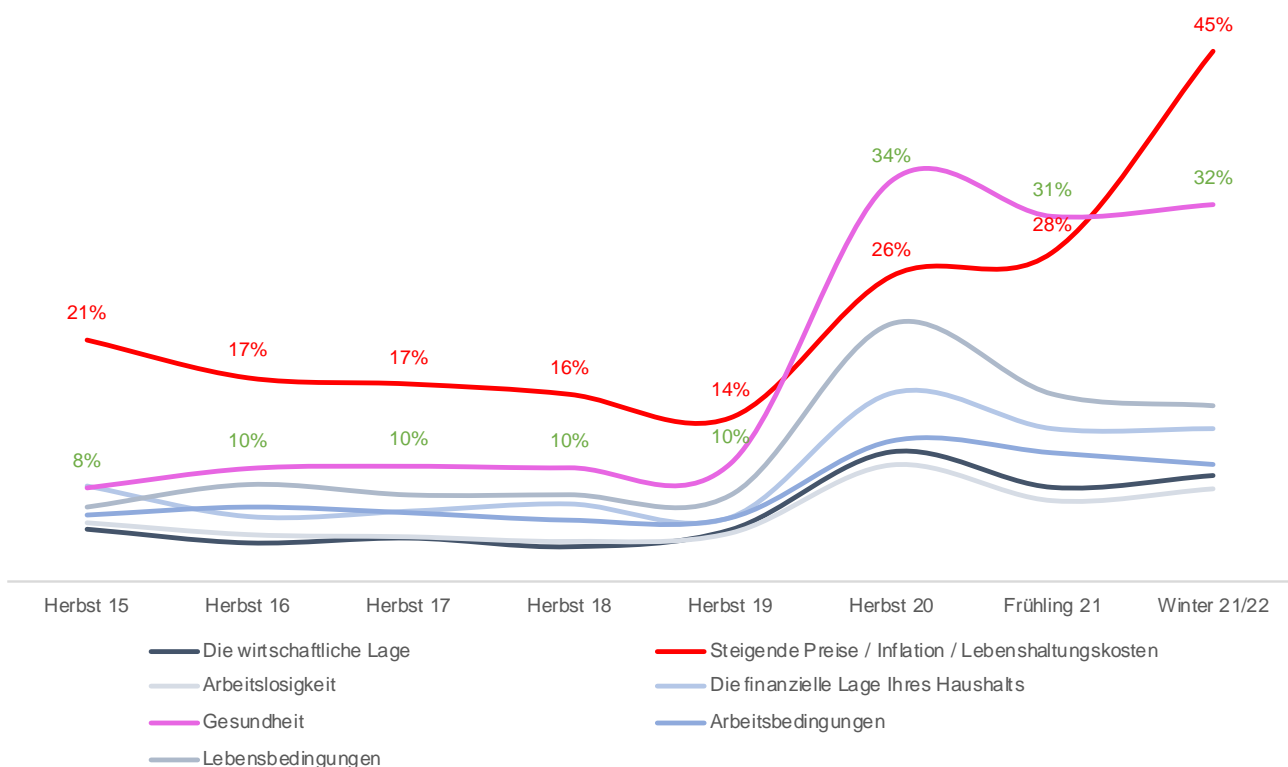
Fast zwei von drei Menschen in Österreich haben das Gefühl, dass sich ihr Leben in die richtige Richtung entwickelt (63 %, -5 Pp.). Im EU27-Schnitt nehmen 68 % eine positive Entwicklung ihres Lebens wahr, um 4 Pp. weniger als noch im Frühjahr 2021. Die steigenden Preise, Lebenshaltungskosten bzw. die Inflation waren zum Zeitpunkt der Umfrage Anfang 2022 die dringendsten persönlichen Probleme für 45 % der Befragten in Österreich. Dieser Prozentsatz hat sich innerhalb eines halben Jahres um 17 Prozentpunkte erhöht. Im EU27-Schnitt sagen sogar 51 %, dass die steigenden Preise für sie das dringlichste persönliche Problem seien (+16 Pp.). Aber die Inflation trifft nicht alle Menschen gleich. Vor allem ältere Menschen und Pensionisten (54 %) sowie Arbeiterinnen und Arbeiter (54 %) spüren sie in Österreich besonders. Zweitdringlichstes Thema bleibt für rund ein Drittel aller Österreicherinnen und Österreicher auch im zweiten Jahr der Corona-Pandemie die Gesundheit (32 %, +1 Pp.).

Für Österreich sehen die Befragten im Zuge der Corona-Pandemie drei Themen als besonders dringlich an: Gesundheit (37 %, +5 Pp.), die steigenden Preise (35 %, +12 Pp.) und die wirtschaftliche Situation (21 %, +2 Pp.). Auch EU-weit sind diese drei Themen für das jeweilige Land die am häufigsten genannten (Gesundheit: 32 %, +4 Pp.; steigende Lebenshaltungskosten: 41 %, +18 Pp.; „wirtschaftliche Situation“: 19 %, -5 Pp.).

Für die EU sehen die Befragten in Österreich etwas andere Prioritäten. Hier rangiert die Bekämpfung des Klimawandels an erster Stelle (30 %, -4 Pp.; EU27: 26 %, -1 Pp.), gefolgt von den Themen „wirtschaftliche Situation“ (25 %, -1 Pp.; EU27: 21 %, -6 Pp.) und „Gesundheit“ (23 %, -3 Pp.; EU27: 21 %, -1 Pp.). Die steigenden Preise werden in Österreich von 22 % (+10 Pp.) und im EU27-Schnitt von 24 % (12 Pp.) der Befragten als dringendes Problem auch für die Europäische Union genannt.

Gefragt nach ihrer Einschätzung der aktuellen Lage bezeichnen 46 % (-3 Pp.) der Befragten in Österreich (EU27: 39 %, -1 Pp.) die wirtschaftliche Situation im Land als gut. Die Lage am Arbeitsmarkt wird von weniger als der Hälfte positiv eingestuft (45 %, +6 Pp.; EU27: 43 %, +6 Pp.), wobei sich die Stimmung gegenüber der Letztbefragung 2021 etwas verbessert hat. Die eigene berufliche Situation wird von 67 % (-1 Pp.) positiv eingeschätzt (EU27: 60 %, -4 Pp.), die finanzielle Situation des Haushalts von 74 % (+5 Pp.; EU27: 72 %, -2 Pp.). Auffällig ist, dass die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen in Österreich deutlich positiver gesehen wird (72 %, -1 Pp.) als im EU27-Schnitt (52 %, 1 Pp.). Am schlechtesten wird die öffentliche Daseinsvorsorge in Griechenland (22 %), Bulgarien (26 %), Rumänien (34 %) und Italien (35 %) bewertet, Österreich zählt zu jenen 10 Ländern der EU, in denen die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen am besten bewertet wird.

QA4: Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen?



2. Einschätzung der Folgen der Corona-Pandemie

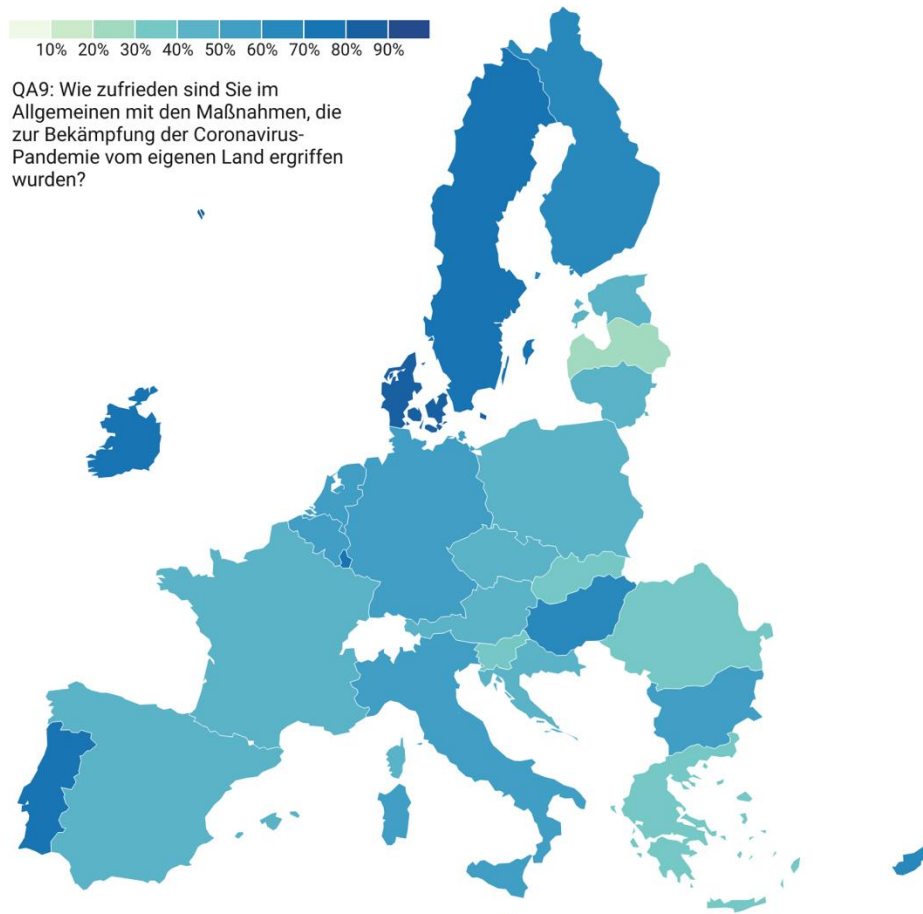
Die Corona-Pandemie hat die Menschen in Österreich hart getroffen. 41 % (+2 Pp.) sagen z. B., dass sie die Krise finanziell schwer beeinträchtigt hat (EU27: 41 %, +/-0 Pp.). Skeptisch sind die Befragten, wenn es um den politischen Umgang mit der Pandemie und ihren Folgen geht.

So hat z. B. die Zustimmung zu den von der Politik getroffenen Maßnahmen im Verlauf der Pandemie abgenommen. Knapp die Hälfte aller Befragten in Österreich (49 %) waren Anfang 2022 mit den von der Regierung gesetzten Maßnahmen zufrieden, um 12 Pp. weniger als noch im Frühjahr 2021 (EU27: 50 %, -3 Pp.). Österreich liegt damit ungefähr im EU27-Schnitt. Am unzufriedensten mit Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie sind die Befragten in Lettland (29 %), Slowenien (32 %), der Slowakei (32 %), in Griechenland (36 %) und in Rumänien (39 %). Am zufriedensten hingegen zeigten sich zum Befragungszeitpunkt die Menschen in Dänemark (84 %), in Irland (78 %), Portugal (77 %), Luxemburg (76 %) und Schweden (74 %).

Mit den von der EU gesetzten Maßnahmen waren 43 % (-5 Pp.) der Befragten in Österreich und 49 % (-2 Pp.) im EU27-Schnitt zufrieden. Unterm Strich halten 61 % (-4 Pp.) der Menschen in Österreich und 65 % (-9 Pp.) der Menschen in Europa rückblickend die konkreten Maßnahmen zur Eindämmung des Virus für insgesamt gerechtfertigt.

Der EU wird für den Fall künftiger Krisen von 50 % (-6 Pp.) der Befragten in Österreich und von 60 % (-5 Pp.) im EU27-Schnitt Vertrauen entgegengebracht. 74 % (+3 Pp.) der Befragten in Österreich und 83 % (+/-0 Pp.) im EU27-Schnitt sind der Meinung, dass der EU entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden sollten, um in Zukunft besser auf Krisen wie etwa die Corona-Pandemie reagieren zu können.

Die Europäische Union hat mit „NextGenerationEU“ ein mehr als 800 Milliarden Euro schweres Aufbauinstrument gestartet. Es soll die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie abfedern und den grünen und digitalen Wandel vorantreiben. Das Instrument wird durch Anleihen finanziert, welche die Europäische Kommission im Namen aller EU-Mitgliedstaaten begibt. 55 % (-4 Pp.) der Befragten in Österreich und 54 % (-3 Pp.) im EU27-Schnitt halten das Aufbauinstrument für effektiv, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zu bekämpfen. Rund ein Drittel der Befragten in Österreich stuft es hingegen als wenig bis gar nicht effektiv ein und jede oder jeder Zehnte konnte dazu keine Einschätzung abgeben. Insgesamt gehen 63 % (+23 Pp.) der Befragten davon aus, dass sich die heimische Wirtschaft erst frühestens 2023 erholen wird (EU27: 71 %, +10 Pp.).



3. Vertrauen in Demokratie und Politik

Die relative Mehrheit von 46 % der Menschen hat derzeit das Gefühl, dass sich die Dinge in Österreich in die falsche Richtung entwickeln, das sind um 14 Pp. mehr als in der letzten Umfrage im Frühjahr 2021. Im EU-Schnitt fällt der Anteil noch höher aus: 55 % glauben, dass sich die Dinge in ihrem Land in eine falsche Richtung entwickeln (+5 Pp.). Am pessimistischsten sehen die Menschen in Kroatien (80 %), in der Slowakei (70 %), in Rumänien (69 %) und in Griechenland (68 %) die Lage in ihrem Land. Nur in drei EU-Ländern meint eine Mehrheit der Bevölkerung, dass sich die Dinge insgesamt zum Positiven entwickeln: Irland (71 %), Dänemark (70 %) und Luxemburg (60 %).

Die Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie die Demokratie hierzulande funktioniert, hat in Österreich erneut abgenommen. Aktuell sind 62 % (-9 Pp.) damit zufrieden, im EU27-Schnitt sind 56 % (-3 Pp.) mit der Demokratie in ihrem Land zufrieden. Allerdings haben drei von vier Menschen in Österreich (75 %, -3 Pp.) den Eindruck, dass ihre Stimme auf nationaler Ebene zählt. Dies wird jedoch nicht von allen Gruppen in der Gesellschaft geteilt. Arbeitslose (40 %) und Armutsgefährdete (50 %) fühlen sich von der Politik hierzulande deutlich seltener gehört.

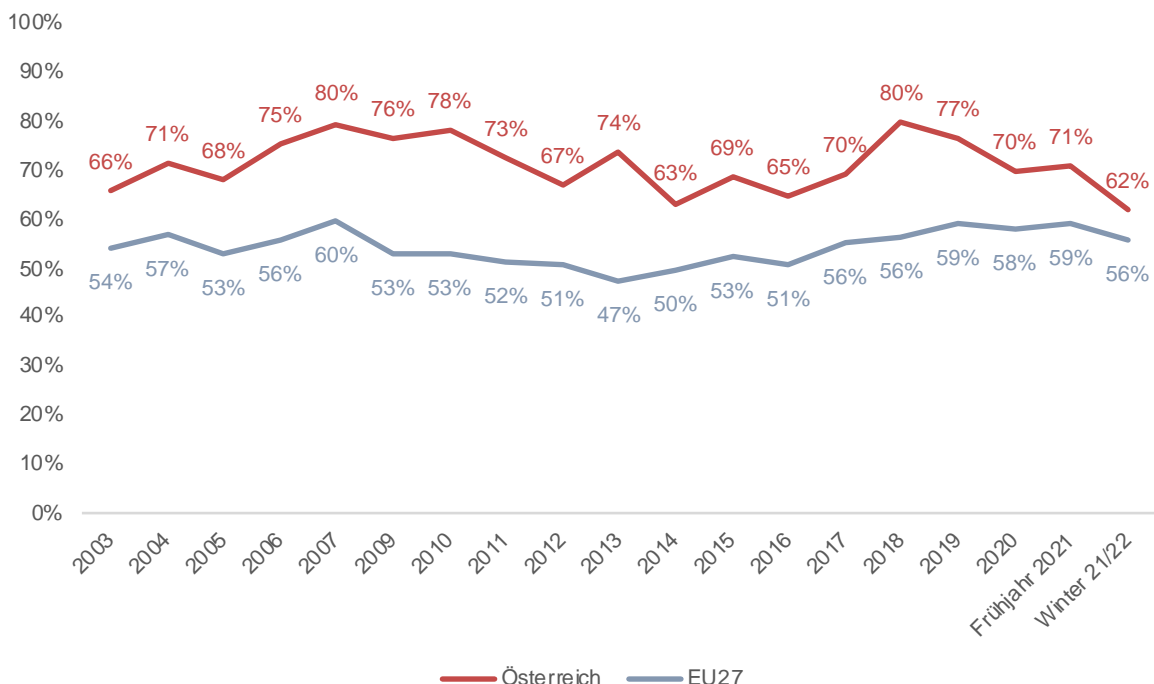
Das Vertrauen in die nationale Politik ist gegenüber dem Frühjahr 2021 ebenfalls gesunken. In die politischen Parteien des Landes haben nur noch 27 % aller Befragten in Österreich Vertrauen, um 8 Pp. weniger als ein halbes Jahr davor (EU27: 21 %, +/-0 Pp.). Der Regierung vertrauen 38 % der Menschen in Österreich, um 7 Pp. weniger als im Frühjahr 2021 (EU27: 35 %, -2 Pp.). Dem nationalen Parlament vertrauen in Österreich 45 % (-5 Pp.), in den EU27-Mitgliedstaaten sind es nur 36 % (+1 Pp.).

Am meisten vertrauen die Menschen in Österreich systemrelevanten Einrichtungen: Der Polizei vertrauen 74 % der Menschen (-2 Pp.; EU27: 70 %, -1 Pp.), dem Gesundheitspersonal 73 % (-6 Pp.; EU27: 78 %, -2 Pp.) und dem Bundesheer 72 % (+2 Pp.; EU27: +/-0 Pp.).

Regionale oder lokale Behörden genießen bei 67 % der Befragten in Österreich Vertrauen (-2 Pp.; EU27: 57 %, +/-0 Pp.). Auch in die öffentliche Verwaltung haben 64 % (-1 Pp.) Vertrauen, deutlich mehr als im EU27-Schnitt (EU27: 51 %, -1 Pp.). Der Justiz, die seit letztem Jahr immer wieder in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit geraten ist, vertrauten Anfang des Jahres 65 % (-5 Pp.), ebenfalls noch deutlich mehr als im EU27-Schnitt (54 %, +/- 0 Pp.).

Niedriger fällt das Vertrauen in internationale Organisationen und Einrichtungen aus: Der Europäischen Union vertrauen in Österreich 42 %, um 3 Pp. weniger als noch im Frühjahr 2021 und um 5 Pp. weniger als im EU27-Schnitt (47 %, -2 Pp.). Den Vereinten Nationen vertrauten 43 % (-2 Pp.; EU27: 48 %, -3 Pp.) und der NATO 39 % (-5 Pp.; EU27: 45 %, -4 Pp.).

SD18: Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in (Land) funktioniert, alles in allem gesehen zufrieden?



II. DIE ÖSTERREICHER UND DIE EU



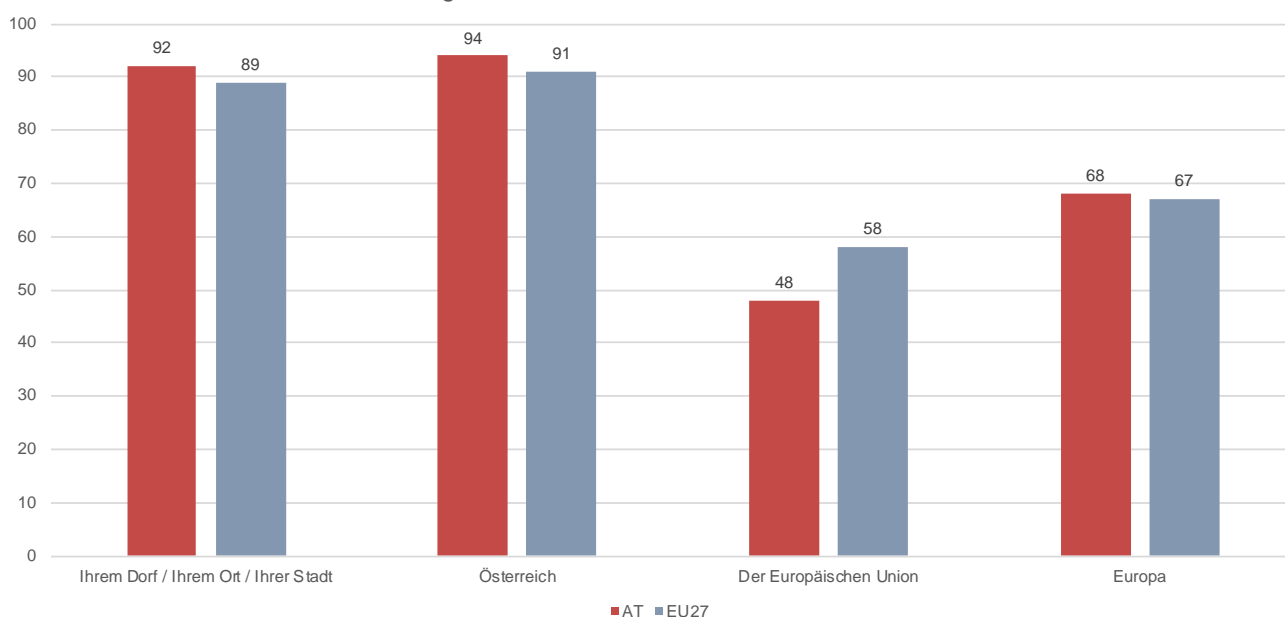
1. Image der EU und Zugehörigkeitsgefühl

Das Image der Europäischen Union in Österreich hat sich in den vergangenen Jahren weder signifikant verbessert noch markant weiter verschlechtert: 34 % (-3 Pp.) der Menschen in Österreich haben ein positives Bild von der EU, 25 % (+/-0 Pp.) hingegen ein negatives. Die relative Mehrheit von 41 % (+4 Pp.) hat damit weder ein besonders positives noch besonders negatives Bild von der Europäischen Union. Nur in Griechenland haben noch weniger Menschen ein positives Bild von der EU (32 %) als in Österreich. Im EU27-Schnitt haben 44 % (-1 Pp.) der Befragten ein positives, nur 17 % (+1 Pp.) ein explizit negatives und 38 % (+/-0 Pp.) ein neutrales Bild von der EU.

Rund die Hälfte der Menschen in Österreich fühlt sich der EU verbunden (48 %, -2 Pp.). Das sind um 10 Prozentpunkte weniger als im EU27-Schnitt (58 %, +1 Pp.). Wenn die Frage auf „Europa“ abzielt, fühlen mehr Menschen eine Verbundenheit (68 %, +3 Pp.; EU27: 67 %, +2 Pp.).

Auch wenn das Zugehörigkeitsgefühl zur EU in Österreich traditionell vergleichsweise schwach ausgeprägt ist, sehen sich 76 % der Menschen hierzulande als Bürgerin oder Bürger der EU (+1 Pp.), etwas mehr als im EU27-Schnitt (71 %, -1 Pp.). 66 % (+2 Pp.) kennen auch ihre Rechte als Bürgerin oder Bürger der EU wie z. B. die Niederlassungsfreiheit oder das Recht auf Erwerbstätigkeit innerhalb der EU (EU27: 56 %, +2 Pp.). 61 % (+1 Pp.) würden aber gerne noch mehr Informationen über ihre Rechte als Bürgerin oder Bürger der EU erhalten (EU27: 67 %, -3 Pp.).

QC1: Bitte sagen Sie, wie stark Sie sich verbunden fühlen mit ...



2. Bewertung der EU und Österreichs Mitgliedschaft

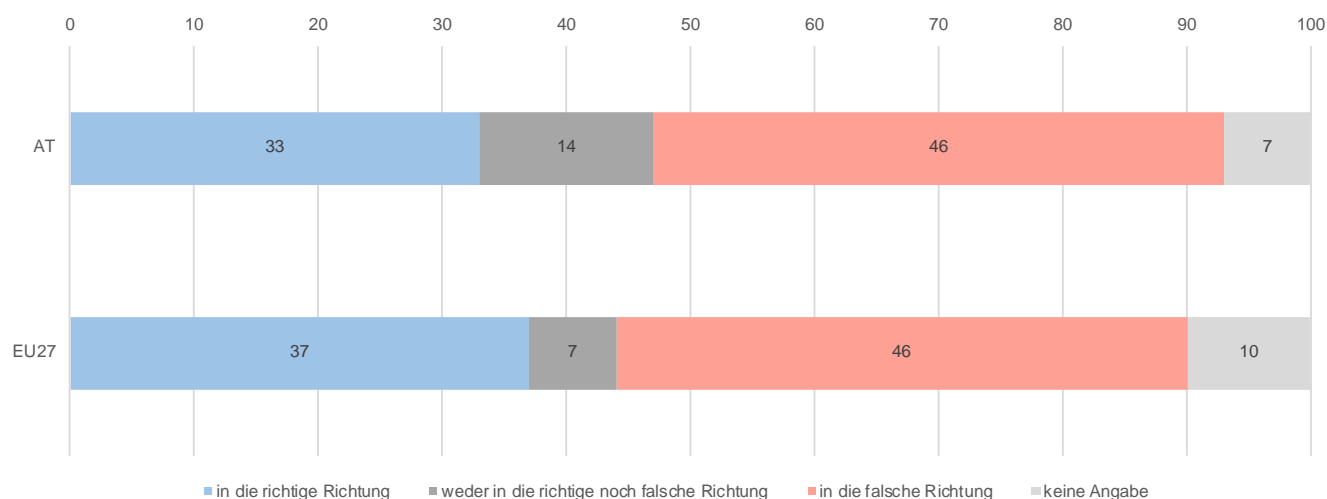
Dass die Dinge in der EU in die richtige Richtung gehen, meinen in Österreich 33 % der Befragten, um 8 Pp. weniger als noch im Frühjahr 2021. Umgekehrt geben 46 % an, dass die Dinge sich in der EU in die falsche Richtung entwickeln (+6 Pp.). Im EU27-Schnitt glauben 37 % der Befragten, die Dinge in der EU entwickeln sich positiv (-4 Pp.), 46 % sagen, sie entwickeln sich negativ (+3 Pp.).

Der Wunsch nach einem EU-Ausstieg hat sich in Österreich in den letzten beiden Jahrzehnten verringert. Dennoch meinen 36 % (+1 Pp.) der Menschen hierzulande, dass Österreich eine bessere Zukunft hätte, wenn es nicht mehr Mitglied der EU wäre, im EU27-Schnitt glauben dies 28 % (+/-0 Pp.) für ihr Land. 57 % (-3 Pp.) der Menschen in Österreich denken aber, dass die Interessen des Landes von der EU ausreichend berücksichtigt werden (EU27: 57 %, -3 Pp.). Dass mehr politische Entscheidungen auf EU-Ebene getroffen werden sollten, sagen im EU27-Schnitt 57 % (-2 Pp.), in Österreich hingegen nur 41 % (-3 Pp.).

Kritisch gesehen wird u. a. die Art und Weise, wie die Demokratie auf EU-Ebene funktioniert. 50 % der Befragten in Österreich sind damit zufrieden (-3 Pp.), 45 % (+2 Pp.) sind unzufrieden. Im Schnitt der EU27-Länder ist mehr als die Hälfte mit der Demokratie innerhalb der Europäischen Union zufrieden (55 %, -1 Pp.), 40 % (+1 Pp.) sind damit unzufrieden. In diesem Kontext fällt auf, dass lediglich 56 % (-3 Pp.) der Befragten in Österreich und 44 % im EU27-Schnitt (+1 Pp.) das Gefühl haben, dass ihre Stimme in der EU etwas zählt.

Im Hinblick auf das Vertrauen in die europäischen Institutionen sind die Menschen in Österreich und in den EU-27-Mitgliedsländern gespalten: Dem Europäischen Parlament vertrauen in Österreich 48 % (-4 Pp.; EU27: 50 %, -3 Pp.), der Europäischen Kommission 46 % (-5 Pp.; EU27: 47 %, -3 Pp.), der Europäischen Zentralbank 48 % (-4 Pp.; EU27: 44 %, -4 Pp.) und dem Europäischen Rat 44 % (+/-0 Pp.; EU27: 44 %, -3 Pp.).

D73: Und gehen die Dinge in der Europäischen Union derzeit...



3. Zukunft in der EU

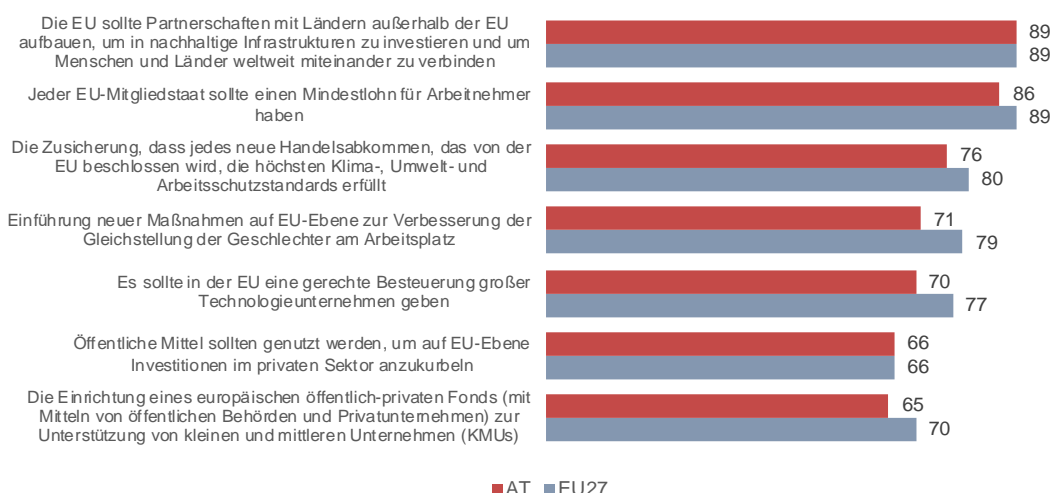
Insgesamt zeigt sich bei der Mehrheit der Menschen in Europa derzeit ein großer Pessimismus in Bezug auf ihre allgemeine Zukunft – und das obwohl die Umfrage vor der Russischen Invasion in der Ukraine durchgeführt wurde. Die Geschehnisse der letzten zwei Jahre und die Folgen der Corona-Pandemie führen bei 53 % der Menschen in Österreich (+5 Pp.) und 54 % (-2 Pp.) in Europa zu der Erwartung, dass es ihre Kinder einmal schwerer haben werden. Vor allem Menschen, die sich selbst als schwächere Mitglieder der Gesellschaft sehen, geben zu 70 % an, dass sie sich um die Zukunft ihrer Kinder sorgen.

Der EU wird aber eine aktive Rolle bei der Gestaltung dieser Zukunft zugetraut. Immerhin geben 58 % (-3 Pp.) der Befragten in Österreich und 62 % (-4 Pp.) im EU27-Schnitt an, optimistisch in die Zukunft der EU zu blicken. Dabei lässt sich ein mehrheitlicher Wunsch nach stärkerer Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsländern erkennen, sowohl in Österreich als auch (noch stärker) im Schnitt der EU27-Mitgliedsländer. Am meisten begrüßen die Befragten in Österreich die Freizügigkeit, überall in der EU leben, arbeiten, studieren und Geschäfte machen zu können (74 %, +/- 0 Pp.; EU27: 85 %, -1 Pp.). Rund zwei von drei Befragten in Österreich begrüßen zudem eine gemeinsame Außenpolitik der Mitgliedstaaten (62 %, -1 Pp.; EU27: 71 %, -1 Pp.), eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (61 %, -2 Pp.; EU27: 77 %, -1 Pp.), eine gemeinsame EU-Handelspolitik (64 %, +/- 0 Pp.; EU27: 74 %, -2 Pp.) sowie eine gemeinsame Energiepolitik der EU-Mitgliedstaaten (63 %, +3 Pp.; EU27: 75 %, -1 Pp.). Skeptischer wird eine gemeinsame Einwanderungspolitik gesehen, diese befürworten nur 53 % (+2 Pp.) der Menschen in Österreich, aber 71 % (+/- 0 Pp.) im EU-Schnitt. Auch in Bezug auf ein gemeinsames europäisches Asylsystem sind sich die Befragten in Österreich nicht einig (47 % dafür, -3 Pp.; EU27: 69 % dafür, +1 Pp.). Eine Verstärkung der EU-Außengrenzen mit mehr europäischen Grenzschutz- und Küstenwachebeamten würden hingegen 69 % begrüßen (-3 Pp.; EU27: 71 %, +2 Pp.). Eine deutliche Absage erteilen die Befragten hierzulande einer EU-Erweiterung in den nächsten Jahren: Nur 28 % (-1 Pp.) sprachen sich zum Zeitpunkt der Befragung dafür aus, im EU-Schnitt könnten sich das 47 % (+1 Pp.) vorstellen.

Was wünschen sich die Menschen von der EU?

Die breite Mehrheit der Befragten wünscht sich z. B., dass die EU Partnerschaften mit Drittstaaten aufbaut, um in nachhaltige Infrastrukturen zu investieren und um Menschen und Länder weltweit miteinander zu verbinden (AT: 89 %; EU27: 89 %). Eine ebenfalls deutliche Mehrheit findet, dass jedes EU-Mitgliedsland einen Mindestlohn für Arbeitnehmer einführen sollte (AT: 86 %, -3 Pp.; EU27: 89 %, +/- 0 Pp.). Mehr als 70 % der Menschen in Österreich und in der EU sind für eine Zusicherung, dass jedes neue Handelsabkommen, das von der EU beschlossen wird, die höchsten Klima-, Umwelt- und Arbeitsschutzstandards erfüllt (AT: 76 %, +/- 0 Pp.; EU27: 80 %, -3 Pp.). Auch die Einführung neuer Maßnahmen auf EU-Ebene zur Verbesserung der Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsplatz werden von 71 % der Menschen in Österreich und 79 % im EU27-Schnitt befürwortet (beide -1 Pp.). Es sollte in der EU eine gerechte Besteuerung großer Technologieunternehmen geben, finden 70 % der Menschen in Österreich und 77 % im EU27-Schnitt – beide Gruppen haben jedoch gegenüber dem Frühjahr an Zustimmung verloren (AT: -18 Pp.; EU27: -12 Pp.). Etwas weniger Zustimmung finden Maßnahmen, die auf die Etablierung von Public-Private-Partnerships abzielen. Nur 66 % (+1 Pp.) der Befragten in Österreich würden z. B. die Einrichtung eines europäischen öffentlich-privaten Fonds (mit Mitteln von öffentlichen Behörden und Privatunternehmen) zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen befürworten, EU-weit sind es 70 % (+/- 0 Pp.).

QB3/4: Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Aussagen? Bitte sagen Sie für jede Aussage, ob Sie dafür oder dagegen sind.



■ AT ■ EU27

